

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Kolon, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorkaufslisten ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Ullerverband Bochum.

### Zum Lohnschiedspruch im Nachener Bezirk.

Nachdem am 2. Oktober die Bezirks- und Tarifkommission des Bezirks Nachen sich mit der neuen lohnpolitischen Situation, die durch den Lohnschiedspruch vom 30. September d. J., der 7 Prozent Lohnabbau vorsieht, geschaffen worden ist, ausgiebig befaßt und den Schiedspruch einstimmig als untragbar abgelehnt hat, hat sich am 4. Oktober auch die nach Nachen einberufene Revierkonferenz, an der die Vertrauensmänner aller Zahlstellen, die Betriebsvertrauensleute sowie die Mitglieder der Bezirks- und Tarifkommission teilnahmen, mit dem Schiedspruch und der dadurch entstehenden Gesamtlage beschäftigt.

Bezirksleiter Engelhardt erstattete Bericht über den Gang der Verhandlungen. Mit scharfen Worten geißelte er das Vorgehen der Unternehmer und der Regierung Brüning-Stegerwald. Daß die Unternehmer nicht von ihrer alten Forderung, niedrigere Löhne und lange Arbeitszeit zu schaffen, abgehen, ist bekannt und man kann hierzu nur sagen: „Nichts vergessen und nichts hinzulernen!“ Daß aber die Regierung die Unternehmer in ihren Bestrebungen, die Arbeiterschaft immer mehr verelenden zu lassen, weitestgehend unterstützt, ist einfach unverständlich! Je niedriger der Lohn und das Einkommen, desto schwächer die Kaufkraft. Schwache Kaufkraft bedeutet Hemmung der Produktion und diese wieder Einschränkung in den Betrieben, was gleichbedeutend ist mit Arbeiterentlassungen, Vermehrung des Arbeitslosenheeres und weitere Verelendung der Arbeiter und ihrer Familien. Das ist der bekannte Kreislauf, der von den Unternehmern durch ihre falsche Politik vorwärtsgetrieben wird.

#### Und was macht die Regierung?

Sie, die das weiß und tagtäglich sieht und die gebieterisch Einhalt fordern müßte, läßt dem Verhängnis seinen zerstörenden Lauf. Ja, sie gibt ihre direkte Zustimmung und ihren Segen zur Fortführung der Kaufkraft durch ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik bzw. durch Verbindlichmachung der gefällten Schiedsprüche. Deshalb wehren wir uns gegen jeden Lohnabbau und gegen weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Bergarbeiter. Nicht niedrigere Löhne und lange Arbeitszeit retten uns aus dieser Wirtschaftskrise, sondern gute und auskömmliche Löhne, mittels deren die Kaufkraft gehoben wird, und kurze Arbeitszeit, durch die es ermöglicht wird, einen Teil der Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bringen.

Engelhardt kritisierte dann die Notverordnung der Regierung (Übernahme der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf das Reich), durch die der Schiedspruch für die Ruhr in der bekannten Form abgeändert wurde. **Untragbar und auch unverständlich** sei es, daß man den Tagesarbeitern die Vergünstigung, die durch die Notverordnung für die Untertagearbeiter geschaffen wurde, nicht zuordnen läßt. Man schaffe dadurch innerhalb der Bergarbeiterzwei Klassen und differenziere das Einkommen und dadurch die Lebenshaltung der Untertagearbeiter und ihrer Familien gegenüber den Tagearbeitern ganz wesentlich. Ob die Bestimmungen der Notverordnung auch für den Schiedspruch in der Nachener Steinkohle Anwendung finden, sei noch nicht bekannt. Der Arbeitsminister hat einstweilen den Spruch, so wie er gefällt wurde, verbindlich gemacht.

Bei den Nachverhandlungen über die Verbindlichmachung des Spruches, die von den Arbeitgebern beantragt und von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt war, ist aber für den Fall, daß der Spruch doch verbindlich gemacht würde, beantragt worden, die Notverordnung auch für den Nachener Bezirk in Anwendung zu bringen mit der Maßgabe, daß auch die Untertagearbeiter mit eingeschaltet werden. Für den Fall, daß die Notverordnung für den Nachener Spruch angewandt wird, die Untertagearbeiter aber, so wie an der Ruhr, ausgeschaltet bleiben, wurde von Engelhardt vorgeschlagen, daß aus Berechtigkeits- und Solidaritätsgründen dann die Untertagearbeiter den Untertagearbeitern insofern beipflichten, daß im Umlageverfahren die Untertagearbeiter den Differenzbetrag von 3/4 Prozent für die Untertagearbeiter auf sich nehmen sollten. Da etwa 20 Prozent der Gesamtbelegschaft Untertagearbeiter sind, können auf je vier Untertagearbeiter ein Tagearbeiter kommen. Die durchschnittliche Befähigung des einzelnen Untertagearbeiters würde 5 bis 6 Pf. pro Schicht betragen. Er stelle der Konferenz anheim, diesen Vorschlag mit zu diskutieren. Der Vorschlag als solcher sei gemacht unter Vorbehalt der gleichen Lohnregelung wie im Ruhrgebiet und es müsse dazu die Zustimmung der Arbeitgeber vorhanden sein sowie auch die der Vorstände der Bergarbeiterorganisationen. Rechtliche Bedenken über die Durchführung dieses Vorschlages seien ihm nicht bekannt.

Ueber den von langer Hand vorbereiteten Putsch der Kommunisten berichtete er kurz und scharf und bat die Konferenz, bevor darüber diskutiert würde, die Betriebsvertrauensleute der Reihe nach über die Vorgänge und die Auswirkungen des Putsches auf den Schachtanlagen aufzuklären. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt, wie auch die Ausführungen des Referenten allgemeine Zustimmung fanden. — Interessant waren

#### Die Berichte der Betriebsobleute.

Es konnte festgestellt werden, daß die Kommunisten wohl am stärksten auf der Grube Sophia-Jakoba gepusht hatten. Dort sind 60 Mann zur Entlassung gekommen. Auf Carola Magna wurden 96 Mann entlassen. Hier und auch auf Adolt in Streiffeld waren die Putschisten ebenfalls ziemlich rege, aber ohne Erfolg tätig. Auf Anna und Maria waren

nur kleine Ansätze vorhanden und auf den übrigen Schachtanlagen ist es kaum zu einem Versuch bzw. zu einer Aufforderung, mit in den wilden Streik zu gehen, gekommen. Kommunistische Agitatoren, vor allen Dingen auch Betriebsfremde, sausten im Bezirk herum. Die hundertprozentigen RGD-Leute haben unseren Funktionären wiederholt gesagt: „Ja, wenn ihr Ullerverbände mit zum Streik aufgerufen hätten, wäre der Erfolg sicher gewesen. Ohne den Verband ist nichts zu machen!“

Sehr interessant war es, zu erfahren, wie sich die Vertreter der RGD vorförmlich und rechtzeitig auf den verschiedenen Schachtanlagen Urlaub oder den Krankenschein genommen haben, damit sie auf alle Fälle gegen Entlassungen geschützt waren! Sie hatten rechtzeitig vorgesorgt und auch unsere Leute gegenüber offen zum Ausdruck gebracht, daß sie derartig wahrheitsgemäße Parolen der Kommunisten und ihrer Putschzentrale nicht mitmachten. Bekannt wurde, daß sich die sogenannten Führer der RGD gegen die Parolen ihrer Putschzentrale gewehrt hatten, weil von oben herunter der strikte Befehl an sie ergangen war, es müsse unter allen Umständen zum Putsch aufgerufen werden.

Einstimmig wurde in der Diskussion der Schiedspruch von allen Rednern wie auch von der gesamten Konferenz abgelehnt. Es wurden sehr scharfe Worte gegen die Regierung, besonders gegen den Reichskanzler und den Arbeitsminister gebraucht, die beide in der Dessenlichkeit wiederholt das Versprechen abgegeben hätten, keine Lohnsenkungen mehr vorzunehmen. Man berief sich besonders auf die Ausführungen Stegerwalds auf dem Kongreß des ADGB in Frankfurt. Einstimmig wurde aber auch der Putsch der Kommunisten abgelehnt, weil man darin nur eine Schwächung der Arbeiterschaft und eine Stärkung der Unternehmer erblickte. Der Kampf der Arbeitnehmer gegen das Unternehmertum müsse nicht immer „Streik“ bedeuten, besonders dann nicht, wenn er von vornherein schon zum Scheitern verurteilt sei. Kampf bedeute die Aufbahrung der Organisation! Je stärker diese Organisation sei, desto leichter sei es, auch ohne Streik zum Ziele zu kommen. Grundbedingung wäre, daß sich die Arbeiterschaft, besonders aber auch die Bergarbeiter, einig sei in ihren Forderungen und Zielen und vor allen Dingen, daß sie restlos in ihrer angestammten Organisation, dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, organisiert sei. — Nachdem 20 Redner bei uneingeschränkter Redezeit gesprochen, wurde die Debatte geschlossen.

Im Schlußwort betonte der Referent, daß es erfreulich sei, daß sich die Mitglieder unseres Verbandes nicht um die Streikparolen der Kommunisten gekümmert, sondern ihre Schiar-

ten wie bisher verfahren haben. Er forderte die Teilnehmer auf, nun erst recht und mehr wie bisher sich der Agitation und Aufklärung zu widmen.

#### Vermehrung der Mitgliedschaft

und Stärkung des Verbandes sei die beste Antwort auf die wahnwitzigen Parolen der Kommunisten, die nichts anderes bezwecken, als durch die Uneinigkeit der Arbeiterschaft die Geschäfte der Unternehmer zu fördern. — Die Stimmung der Konferenz fand ihren Niederschlag in nachstehender Entscheidung:

„Die auf den 4. Oktober 1931 einberufene Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter (Bezirk Nachen) nimmt Kenntnis von den Lohnverhandlungen in dem Lohnsektor des Nachener Steinkohlenbergbaues und dem gefällten und verbindlich gemachten Schiedspruch.

In Erkenntnis, daß die Bergarbeiter infolge der niedrigen Löhne sich in einer großen Notlage befinden, die Notlage der gesamten deutschen Arbeiterschaft nicht befristet und nicht gemindert werden kann durch Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit, sondern nur durch Hebung der Kaufkraft, des Arbeitslohnes und durch Arbeitszeitverkürzung, erklärt die Konferenz den Schiedspruch für untragbar und lehnt ihn mit aller Entschiedenheit ab. Die Konferenz bedauert und verurteilt aufs schärfste die einseitige Haltung der Reichsregierung in der Lohn- und Arbeitszeitpolitik. Die Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung führen nicht aus der Krise heraus, sondern steigern die Notlage der Bevölkerung immer mehr und es wird dadurch die gesamte deutsche Wirtschaftslage immer verworrener. Die Konferenz fordert von der Reichsregierung, die unternehmerfreundliche Politik zu verlassen und die Interessen des Gesamtvolkes zu berücksichtigen, wie von den freien Gewerkschaften gefordert wird. Die Politik der Unternehmer und ihre Forderungen zur Auflockerung und Befestigung des Tarif- und Schlichtungswesens und der Sozialversicherung wird aufs schärfste abgelehnt und ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Konferenz erkennt an, daß die Vertreter der Organisation alles getan haben, um den Lohnabbau zu verhindern und sie spricht ihnen trotz des Mißerfolges ihr unerschütterliches Vertrauen aus. Die Streikparolen der KPDisen, durch die nur die Geschäfte der Unternehmer besorgt werden, werden mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Von den Unorganisierten wird verlangt und erwartet, daß sie sich restlos dem Verbands als Mitglied anschließen.

Die Konferenz ist sich einig, nunmehr eine weitest ausgehende Agitation zu entfalten, um die Schlag- und Stosskraft des Verbandes zu vermehren und Aufklärung zu schaffen, denn nur durch einen großen und starken Bergarbeiterverband ist es möglich, die Interessen der Bergarbeiter wirksam zu vertreten.“

Diese Entschließung wurde einstimmig und ohne Widerspruch angenommen. Daraufhin wurde die Konferenz mit einem herzlichen „Glückauf!“ und mit der Parole: „Nun erst recht vorwärts und aufwärts!“ geschlossen.

### Der Mansfelder Lohnkonflikt und die Funktionäre.

Die Gewerkschaften hielten am 4. Oktober für Mansfeld eine Funktionärskonferenz ab, in der Bezirksleiter Reddiga einen Bericht über die letzten Verhandlungen des Mansfelder Konfliktes gab. Er schilderte eingehend die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften, der Mansfeld AG, und den in Frage kommenden Reichs- und Staatsressorts und erklärte, daß von der Gegenseite keinerlei Entgegenkommen gezeigt wurde. Auch nachdem von den Gewerkschaften ein Vorschlag gemacht wurde, der ein sehr großes Opfer für die Mansfelder Arbeiter bedeutet, wurde dieser Vorschlag von der Gegenseite als undiskutabel bezeichnet. Die Verhandlungen mußten bei diesen gegensätzlichen Auffassungen als gescheitert abgebrochen werden.

Nach den Erklärungen, die die Mansfeld AG am 3. Oktober abgegeben hat, ist mit einer Stilllegung der Betriebe zu rechnen. In der Aussprache kam die Erregung der Belegschaft über den ablehnenden Standpunkt der Finanzministerien stark zum Ausdruck. Die Delegierten aus den Betrieben bezeichneten das Entgegenkommen der Gewerkschaftsleitungen als sehr weitgehend und verlangten, daß auch die Gegenseite Zugeständnisse machen soll. Die nachfolgende Entscheidung wurde einstimmig von der Konferenz angenommen:

„Die am 4. Oktober 1931 in Helbra tagende Funktionärskonferenz der AG Tarifvertrag für den Mansfelder Kupferbergbau beteiligten Gewerkschaften billigt die Haltung der Organisationsvertreter bei den letzten Verhandlungen. Obwohl die Gewerkschaften sehr weitgehende Zugeständnisse machten, die bis unter die Grenze des Erträgliches gingen, lehnte die Gegenseite ein Entgegenkommen ab. Die Gewerkschaften weisen noch einmal darauf hin, daß die Stilllegung der Betriebe, die die Mansfeld AG für Mitte Oktober d. J. angekündigt hat, die schwersten Erschütterungen für das Mansfelder Land nach sich ziehen muß.

In letzter Stunde richtet die Konferenz an die maßgebenden Stellen das dringende Ersuchen, die verhältnismäßig geringfügige Differenzsumme noch zu übernehmen, um den Arbeitern die Arbeitsstätte zu erhalten. Die Verantwortung für die Folgen einer eventuellen Stilllegung der Betriebe müßten diejenigen tragen, die den Arbeitern Untragbares zumuten.“

Am Nachmittag und Abend fanden in fast allen Zahlstellen Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften statt, die einen starken Besuch aufwiesen. Auch in diesen Versammlungen, die ruhig und sachlich verliefen, wurde der angenommenen Entscheidung der Funktionärskonferenz zugestimmt.

### Haut ihn, den Arbeiter!

Die „Deutsche Invalidenversicherung“ bringt in ihrem Oktoberheft Auszüge einer Veröffentlichung des früheren Reichsfinanzministers Professor Dr. Moldenhauer, die dieser in den „Ärztlichen Mitteilungen“ veröffentlicht. Am Schlusse dieser Ausführungen heißt es:

„Moldenhauer zieht aus allem die Schlussfolgerung, daß nicht organisatorische Mängel und nur in beschränktem Umfang Minderungen des Risikos und Geldentwertung den Grund der Aufblähung der Ausgaben bildeten, in der Hauptsache vielmehr die Erweiterung der Leistungen ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit unter Einwirkung politischer Erwägungen bei Schwächung des Verantwortungsgefühls und dadurch wiederum hervorgerufenen stärkerer Inanspruchnahme der Versicherungsträger mit dem Ergebnis einer starken Gefährdung des ganzen Werkes. Demgemäß fordert er die Rückkehr zur Auffassung der Schöpfer der Sozialversicherung: Gewährung eines gewissen Mindestmaßes, über das hinaus der Arbeiter sich durch Sparen und private Versicherung weitere Hilfe schaffen soll.“

Es klingt wie Hohn auf die Menschheit, wenn ausgerechnet dieser frühere Reichsfinanzminister und Professor — nebenbei noch Mitglied des Reichstags — die Forderung erhebt, die Leistungen der Sozialversicherung zu mindern und deshalb den Arbeitern empfiehlt, sich durch Sparen und private Versicherung weitere Hilfe zu schaffen. Lebte denn dieser Mann auf dem Mond oder glaubt er, ein Arbeiter habe auch ein Einkommen, das so hoch ist, wie sein eigenes? Auf der einen Seite Lohnminderung, auf der anderen Seite Ermahnungen an die Arbeiter, zu sparen und sich privat zu versichern! Der Herr Professor möge doch einmal in die Haushaltungen der Arbeiter gehen und sehen, wie diese heute bei ihrem kärglichen Verdienste leben müssen, um mit dem Lohn auszukommen. Von Sparen in der heutigen Zeit kann bei den jetzigen Löhnen gar keine Rede sein. Trotzdem soll man dazu übergehen, wenn der Arbeiter alt und siech ist, ihm die Leistungen der Sozialversicherung noch mehr zu kürzen.

Und ausgerechnet verlangt das Herr Moldenhauer, der seinerzeit es verstand, eine Regelung seiner persönlichen Pensionsbezüge in einer Weise zu erzielen, die geradezu einen öffentlichen Skandal auslöste. Aber so sind sie alle, diese sogenannten Volksretter. Die anderen sollen die Opfer bringen, damit das „Volk“, also sie selber, ein Opfer- und sorgenfreies Dasein führen können.

# Nachworte zum Ruhrkonflikt.

Selten hat eine Entscheidung über die Arbeitsbedingungen im Ruhrbergbau eine so tiefe nachhaltige Erregung hervorgerufen wie die Notlösung vom 30. September. Kein Entgegenkommen in der Arbeitszeitfrage, obwohl das durchaus möglich war. Selbst wenn man sich nicht auf die Stundenlöhne, sondern auf die Arbeitslosigkeit und der Forderungen über die Frage der Fristsetzung für den Bergbau oder über das zeltweise Aufheben nach dem Waldenburger Beispiel zu verhandeln. Daß die Unternehmer bei den Parteienverhandlungen sich gegen die Siebenstundentage mit allen Kräften wehrten, daß sie dieselbe auch bei 17 Prozent Lohnabbau für untragbar erklärten, braucht nicht wunderzunehmen. Aber auch die zeltweise Streckung der Arbeit nach dem Waldenburger Muster würde zunächst von den Unternehmern sehr abgelehnt, während später die Möglichkeit von Verhandlungen darüber offengelassen wurde.

Dem Schlichter Professor Brahns scheinen die Argumente der Unternehmer in der Arbeitszeitfrage ebenso einzuleuchten wie in der Lohnfrage, obwohl es eigentlich selbstverständlich sein sollte, daß man in beiden Fragen den Bergmann bevorzugt behandeln. Gilt schon einmal der Achtstundentag als ein Maß für die Arbeitszeit, das normalerweise nicht überschritten werden sollte, so gebietet dem Bergmann bei seiner schweren geschäftlichen Arbeit eine kürzere Arbeitszeit! Solchen selbstverständlichen Forderungen sollte Rechnung getragen werden ohne Rücksicht auf Ausfälle und ohne Rücksicht auf wirkliche, aber zu behebende Schwierigkeiten. Leider stehen immer noch die meisten Unternehmer auf dem Standpunkt, daß die längste Arbeitszeit die günstigste für die sogenannte Wirtschaft sei. Daraus ergeben sich Anschauungen, wie sie der Volksparteiler und Stahlhelmführer Dr. Busch (Machen) kürzlich in einer Versammlung produzierte. Ob dieser Äußerungen angegriffen, formulierte Dr. Busch dieselben in einer Berichtigung an die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ wie folgt:

„Ja, wir müssen unter allen Umständen zu einer Dumpingausfuhr gelangen, um dadurch auf den Weltmarkt das Moment der größten Beunruhigung zu werfen. Es müsse so werden, daß kein Land mehr sich vor der deutschen Ware retten könnte, daß die Länder, die uns die Kriegskontingente auferlegt haben, die ersten sein müßten, die Revision dieser Tribute in die Wege zu leiten. Das sehe wiederum eine große Opferbereitschaft und Disziplin voraus. Das heißt, daß wir auf viele uns liebgeordnete Genüsse und Annehmlichkeiten verzichten müssen, die wir uns aus dem heutigen Leben fast gar nicht mehr wegdenken können. Sparen — arbeiten — entbehren sei diese Parole. Ja, ein Volk, das um seine Freiheit und höchsten Güter kämpfte, müßte den Mut haben, auch, wenn es nötig sei, den Zwölfstundentag einzuführen. Ob dies nötig würde, wisse niemand. Jedoch müsse man dazu bereit sein. Allerdings müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß die Früchte dieser ungeheuren Opfer nur einigen wenigen zugute kommen. Mehr Arbeit aber und Arbeitslosigkeit seien Widersprüche. Hier müsse die obligatorische Arbeitsdienstpflicht einsetzen für alle jungen Männer von 18 bis 22 Jahren. Geld benötigten diese jungen Leute nicht, im Frieden hatten die Soldaten ja auch nur 22 Pf. Wohnung bezogen und alles sei gut gewesen.“

Die solche Anschauungen im Unternehmerlager herrschen, wie sie in praktischen Maßnahmen und in der Behandlung der Bergarbeiter sich auswirken, braucht man sich über die Tragfähigkeit der Zustände im Ruhrbergbau, über die gefährlich steigende Erbitterung der Bergarbeiter nicht zu wundern!

Ist es nicht ein öffentlicher Skandal, daß trotz der Millionen Feiertagskassen auf einer Reihe von Tagen immer noch Ueberfrachten verfahren werden? Ist es nicht ein öffentlicher Skandal, daß man vielfach an den Tagen, an denen eine Feiertagskasse eingelegt wird, eine Anzahl Hauer arbeiten läßt, um aus guten Flözen eine möglichst große Menge von Kohlen herauszuholen? Ein behördliches Verbot dieser Ueberfrachten und dieses „Hollebens“ sollte eine glatte Selbstverständlichkeit sein. Aber daran denkt kein Mensch bei den Behörden. Gegenüber allen bisherigen Mahnungen auf diesem Gebiet stellt man sich taub, so daß wir diese Forderung nunmehr ständig in die Öffentlichkeit hinausstreuen müssen!

Wie in der Frage der Arbeitszeit hat der Schlichter auch in der Frage des Lohnes jede Rücksicht auf die Bergarbeiter außer acht gelassen. Mit dem unverständlichen Verhalten der unparteiischen Beisitzer haben wir uns schon beschäftigt. Mit Schärfe muß aber auch hervorgehoben werden, daß das Verhalten des Schlichters Prof. Brahns völlig unverständlich erscheint und geeignet ist, ihn jedes Vertrauen der Bergarbeiter verlieren zu lassen. Ein wirklicher Beweis für die Berechtigung der Klagen der Unternehmer ist in den Lohnverhandlungen nicht erbracht worden, auch nicht durch die im letzten Augenblick erfolgte Vortzung von Zahlenreihen aus dem Untersuchungsergebnis des Reichswirtschaftsministeriums. Wenn solche Untersuchungen Wert haben sollen, müssen ihre Methoden, ihre Unterlagen, ihre Resultate nach jeder Richtung von den Arbeitsvertretern nachgeprüft werden können. Daß dies besonders auch dieses Mal nicht der Fall war, ist dem Schlichter bekannt. Nach Auffassung der Arbeitsvertreter ist auch dieses Mal der Schlichter durchaus nicht in der Lage gewesen, die Auffassung und das Material der Gewerkschaftsvertreter bündig zu widerlegen. Seine Meinung war fertig, wenn nicht vorgelesen. Die Regierung will weiteren Lohnabbau, wobei sie die oft verprochene Vorbedingung, Herabsetzung der Preise durch energische Einwirkung auf Kartelle und Monopole in keiner Weise erzielt hat. Zwar hat kürzlich der Reichsfinanzminister „schlagartige Herabsetzung der Preise“ angekündigt, aber in der Praxis sehen wir nur Lohn- und keinen Preisabbau! Daß auch in Regierungskreisen der siebenprozentige Lohnabbau für die Bergarbeiter als zu drückend empfunden wurde, beweist ja wohl die Herabsetzung auf 3 1/2 Prozent mit dem Mittel der Befreiung von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

Dabei ist den Tagesarbeitern ein ganz besonderes Unrecht zugefügt worden. Ohne daß vorher mit einem Wort von einer besonderen Behandlung der Tagesarbeiter in der Lohnfrage die Rede war, belastete die Endlösung sie mit 7 statt mit 3 1/2 Prozent Lohnabbau!

Wenn es auch stimmt, daß die Tagesarbeiter, verglichen mit der Vorkriegszeit, in ihren Löhnen rascher vorwärtsgekommen sind als die Untertagearbeiter, so muß man dabei zunächst die gerabzugelenden Bezahlung vor dem Kriege in Betracht ziehen; des weiteren, daß auch die heutigen Löhne der Tagesarbeiter um 7 Mark herum, zum Teil erheblich niedriger liegen. Unser Verband unternimmt Schritte, damit das Unrecht an den Tagesarbeitern wieder gutgemacht wird. Ob das durch Änderung der Notverordnung, ob es bei der inzwischen eingetretenen Regierungsumbildung möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

In Bezug auf die Arbeitszeit und auf den Lohn haben die Bergarbeiter einen unbestreitbaren Anspruch auf bevorzugte oder mindestens gleiche Behandlung gegenüber anderen

Arbeitergruppen. Wir finden aber, daß immer ein Duzend Berufe in ihren Tariffähnen über denen der Bergarbeiter standen, ganz abgesehen davon, daß durch Leistungszulagen usw. die Effektivlöhne in manchen Berufen noch viel höher standen. Auch nach den letzten gewerkschaftlichen Statistiken finden wir in Machen 6 Berufsgruppen, die mit ihren Löhnen unter denen der Bergarbeiter stehen, 16 Gruppen stehen darüber. In Dortmund stehen 8 Berufsgruppen unter den Bergarbeiterlöhnen, 13 darüber; in Essen 9 und 13 darüber! Es ist auch nicht wahr, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 2. Oktober behauptet, daß die Bergarbeiter bei früheren Lohnerhöhungen verhältnismäßig stärker profitiert hätten als manche anderen Berufsgruppen. Fast immer standen die Bergarbeiter an 12., 14. oder noch tieferer Stelle unter den verschiedenen Berufsgruppen.

Das sind unerträgliche Zustände, die zum großen Teil dem Umstand geschuldet sind, daß die Bergarbeiter büßen sollen für falsche Wirtschaftspolitik der Unternehmer. Der unglaublich überhöhte Kapitaldienst des Ruhrbergbaues kann auf die Dauer nicht getragen werden! Interessante Einzelheiten beleuchten sehr oft die Wirtschaftswissenschaftler der Unternehmer. Da sind z. B. einige große Montanunternehmen mit Millionenbeiträgen für Knappheitsbeiträge im Rückstand. Eine Prüfung ergibt, daß die Kohlenlage dieser Konzerne nicht schuldig ist an der Finanzmiserie, sondern andere wirtschaftliche Maßnahmen, z. B. der Bau riesiger Stöckstoffanlagen, die heute nicht ausgenutzt werden können! Dauernde Lohnabzüge für solche Sünden kann der Ruhrbergmann auf die Dauer einfach nicht tragen! Die Industrie muß und kann anständige Löhne zahlen für eine so schwere und gefährliche Arbeit! Sie braucht sie aber nicht einmal so hoch zu zahlen, wenn sie mithelfen würde, daß im deutschen Land vernünftige Politik getrieben würde. Der Lohn ist heute ein politischer Lohn, nicht so sehr wegen des Tarif- und Schlichtungswesens, sondern weil unsere verlästete Wirtschaftspolitik seine Kaufkraft verringert! Wollte man endlich von verrückter Subventions- und Zollpolitik ablassen, durch Kartell- und Monopolkonzerne die Inlandspreise senken, so würde sich über manche Frage anders reden lassen!

## Das Tarifrecht in Gefahr!

Der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Graßmann, ging in der ersten Ausschusssitzung des Bundes nach dem Frankfurter Kongress, die am 2. Oktober 1931 unter dem Vorsitz von Leipart in Berlin stattfand, auf die Pläne der Schwerindustrie ein, die darauf abzielen, das Tarifrecht zu lockern. Graßmann glaubt, daß schwer zu entscheiden sei, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundkurzes die Regierung zu der Auffassung gebracht habe, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeits-erklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmeregelungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen solle — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechtes gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfund-

sturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Unternehmer. Das veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälgen würde.

Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Unternehmer in ihrer großen Mehrheit tarifsfreundlich seien und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlichen tarifgegnerischen Standpunkt stehe. Wenn diese Illusionen einer Widerlegung bedürftig hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffreundlichkeit in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der SPD. mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechtes in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte des Oktobers eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu 80 Prozent aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 Prozent der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spielraums von 20 Prozent ist aber offenbar nicht die einheitliche Überzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man stehe vor der Alternative, entweder eine Inflation, die physikalisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparplans führen würde, oder eine Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezöllen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

## Gegen die nationale Opposition,

die sich zusammengeschlossen hat in einem Bündnis zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Schwerindustrie unter Führung von Montanindustriellen, reaktionären Generalen, arbeitslosen Erzellenzen und Hohenzollernprinzen, also einer ausgesprochen reaktionären Clique,

## die wieder die völlige Verflorung der Arbeiter erkauft,

das Tarifrecht beseitigen, die Sozialversicherung verstümmeln, die Arbeitslosenversicherung zerschlagen will, muß ein Wall errichtet werden, an dem sich diese Leute den Schädel einrennen. Auch den Bergmann werden diese Kreise nicht verschonen wollen, wie die letzten Lohnbewegungen beweisen. Deshalb, Kameraden, stellt euch zur Abwehr,

## schafft einen starken Bergarbeiterverband!

## Johannes Sassenbach 65 Jahre alt.

Als Johannes Sassenbach vor einiger Zeit von der Redaktion des Internationalen Handwörterbuches des Gewerkschaftswesens, dessen Mitherausgeber er ist, um kurze autobiographische Notizen angegangen wurde, schrieb er in lakonischer Kürze: „Geboren 1866 im Bergischen Land. Nacheinander und nebeneinander: Sattlerlehrling, Sattlergehilfe, Handwerksburische, Geschäftsführer einer Produktionsgenossenschaft von Militär-



jatlern, Vorsitzender des Sattlerverbandes, Internationaler Sekretär der Sattler, Geschäftsführer der Gewerkschaftshaus-GmbH. (Berlin), Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Verlagsbuchhändler, Vorsitzender des Ersten sozialistischen Akademikerkongresses, Reichstagskandidat in Anrath (an der Knatter), Stadtverordneter und Stadtrat in Berlin, Vorsitzender der Volkshochschule Groß-Berlin, Sozialattaché an der Deutschen Gesandtschaft in Rom, Sekretär, später Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.“

Dies alles und noch einiges mehr, nebeneinander und nacheinander, im Verlauf einer mehr als 45jährigen öffentlichen Wirksamkeit! Und, was Sassenbach auch immer war und tat, das war und tat er ganz, niemals halb. Nichts ist ihm, dem man

oft ein wenig spöttisch Bedanterie nachsagt, so verhaßt als großspuriger Dilettantismus. Er selber lächelt ab und zu über seine peinliche Genauigkeit in allen großen Dingen seiner öffentlichen und gewerkschaftlichen Tätigkeit sowohl, als auch in den kleinsten persönlichen Angelegenheiten. Ob Sassenbach als Gewerkschaftsfunktionär und -führer tätig war oder als Kommunalpolitiker, oder im diplomatischen Dienste des Reiches, ob er als Vorkämpfer schöngeistiger Literatur — er hat z. B. als erster Verleger Herbert Guttenberg und Arno Holz gedruckt — oder auch als Organisator von Kunst-, Möbel- und Bücherausstellungen für die Arbeiter-schaft wirkte, er nahm seine Aufgabe jedesmal nicht nur ernst, er führte sie auch durch. Er regte nicht nur an, sondern schuf und vollendete. Wenn der Erste sozialistische Akademikerkongress den Sattler und Gewerkschafter Sassenbach zum Vorsitzenden wählte, so war das nicht eine schöne Geste an die Handwerker-schaft, sondern die Anerkennung der geistgesättigten, tiefen Bedeutung, die Sassenbach verkörperte. Er war auch ein eifriger und gewissenhafter Sammler, insbesondere der gewerkschaftlichen Literatur. Seine große Bibliothek hat er dem Berliner Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Zeit vom Ortsausdruck des ADGB neu geordnet und soll als Studienbibliothek der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Auf welchem Gebiete auch immer Sassenbach sich betätigte, im Mittelpunkt seines Lebens stand stets die Gewerkschaftsbewegung. Sie war und blieb der Mutterboden, in dem seine Persönlichkeit zutiefst verwurzelt war. Sein besonderes Interesse lag dabei auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Auf seinen Antrag hin beschloß der Kölner Gewerkschaftskongress 1905 die Errichtung von gewerkschaftlichen Unterrichtskursen durch die Generalkommission. Und wenn sich das gewerkschaftliche Bildungsweien zu hoher Blüte entfaltet hat, so hat Sassenbach, an dieser Entwicklung einen großen Anteil. 1923 wurde er zum Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt. Er besaß neben seinen großen Sprachkenntnissen auch die beste Kenntnis der Verhältnisse in den Gewerkschaftsbewegungen in den europäischen und überseeischen Ländern und war bekannt als kluger, tatkräftiger Organisator, der zu handeln versteht. Er stand dann einige Jahre als Generalsekretär des Bundes — bis 1930 — an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Erst der Stockholmer Gewerkschaftskongress entließ ihn auf seinen dringenden Wunsch aus dem hauptamtlichen Gewerkschaftsdienst.

Johannes Sassenbach lebt jetzt in Frankfurt a. M. Am 12. Oktober vollendete er das 65. Lebensjahr. Wir grüßen den alten Freund und Mitkämpfer! Möge seine noch frische und ungebrockene Arbeitskraft, sein kluger Rat der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung noch viele Jahre erhalten bleiben!

# Probleme der Krisenüberwindung.

P. Z. Nach der in der letzten Nummer der „Bergbau-Industrie“ aufgestellten Skala der Wirtschaftskrise ergeben sich zur Überwindung der Krise folgende Grundprobleme:

1. Beseitigung der Disharmonie zwischen Kaufkraft und Produktionskapazität, was nichts anderes heißt als: Schaffung von Lohn- und Preisverhältnissen, die es gestatten, daß die Warenmenge, die der moderne Produktionsapparat herzustellen erlaubt, auch von den Menschen verbraucht, also in erster Linie gekauft werden kann.

2. Beseitigung der Disharmonie zwischen der Weltverschuldung und der Weltzahlungsfähigkeit, was nichts anderes heißt als: Wiederherstellung des nominellen Einkommens nach dem Stande von vor der Krise (etwa 1928), weil die Rückzahlungsmöglichkeit der Weltschulden etwa auf jenem Einkommensstatus beruht.

Wäre die Lösung dieser beiden Probleme möglich, dann wäre damit auch wieder die Vollbeschäftigung der Betriebe gegeben und es würde mit der Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit der Weltschuldner wieder das Vertrauen der Weltgläubiger geweckt, was Voraussetzung ist dafür, daß die brachliegenden Kapitale wieder in genügender Menge und unter befriedigenden Bedingungen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt würden, woraus eine neue Ausweitung des Marktes und neuer wirtschaftlicher Auftrieb sich ergäbe.

Sich über Sinn und Zusammenhang dieser beiden Probleme völlig klar werden, ist Voraussetzung zu einem richtigen Urteil über die notwendige Politik zur Überwindung der Krise. Und es ist insbesondere das zweite hier herausgestellte Problem, dessen Lösung von ausschlaggebender Bedeutung ist für die Krisenüberwindung, was leider noch fast gar nicht in das Bewußtsein der Wirtschaftspolitiker eingedrungen ist.

Wir haben in dem Artikel „Skala der Wirtschaftskrise“ dargestellt, daß die ganze Gesellschaftswirtschaft so stark mit Schulden überladen ist, daß ganze Erdteile und Länder in dieser Krise zahlungsunfähig geworden sind. Sollte die Krise nun ganz allgemein den Preissturz fortsetzen, wie er bis jetzt auf dem Weltmarkt vor sich ging und das Preisniveau dann auf dem niedrigen Stand sich befestigen, dann bedeutet das dauernde Zahlungsunfähigkeit der betroffenen Schuldnergebiete, weil die bestehenden Schulden nominell so hoch sind, um bei dem nominellen Preisrückgang mit dem dadurch nominell stark absinkenden Einkommen zurückgezahlt werden zu können. Das würde weiter bedeuten, daß so lange, als die Zahlungsunfähigkeit gegenüber den alten Schulden besteht, sich kein Kapitalist finden wird, der diesen zahlungsunfähigen Schuldner neue Kredite geben wird, was aber zur Wirtschaftsbelebung und insbesondere zu neuer Aufwärtsentwicklung Voraussetzung wäre. Und zu diesen zahlungsunfähigen Gebieten gehört mit Ausschluß von Amerika und Frankreich (das gilt wenigstens zur Zeit noch) fast die gesamte Welt.

Solange dieses Problem nicht gelöst ist, kann auch an die Lösung des zuerst genannten nicht gedacht werden. Das ist deshalb so, weil im Zustande der Zahlungsunfähigkeit an eine Änderung des Verhältnisses zwischen Preisen und Löhnen zuzugreifen der letzteren nicht gedacht werden kann. Im Gegenteil, es wird sich die Spanne immer mehr zuzunehmen der Löhne verbreitern, wofür die neueste Entwicklung ja Beweis genug ist.

bleibt die Frage: **Wie ist denn nun die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit im internationalen Rahmen möglich?**

1. Durch freiwilligen Verzicht der Weltgläubiger auf das Recht der Rückforderung der kurzfristigen und damit sofort fälligen Schulden, was gegenüber Deutschland vorläufig schon Wirklichkeit wurde, wenn auch nur für kurze Zeit (bis März 1931).

2. Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige, so daß die Rückzahlung auf zehn, zwanzig und mehr Jahre verteilt wird.

3. Anpassung der politischen Verschuldung (Reparationen und Kriegsschulden der Alliierten untereinander) an die veränderten Wirtschafts- und Wertverhältnisse, was leicht möglich ist, da es sich hierbei ja nicht um Privatrecht und Privatforderungen handelt, sondern um Staatsforderungen, die jederzeit durch Staatsbeschlüsse (Parlament, Regierungen) modifiziert und abgeändert werden können. Dies sowie auch die beiden eigentlichen Notwendigkeiten setzen aber voraus, daß sich zwischen den einzelnen Nationen ein wahrhaft ehrliches und offenes Vertrauensverhältnis herausbildet, das internationale politische Konflikte in Zukunft als ausgeschlossen gelten lassen.

Damit aber wäre erst wieder die Herstellung der Zahlungsfähigkeit gegenüber bestehenden Verpflichtungen und Schulden möglich, was keineswegs ausreichte, um nun wieder zu neuer Kapitalinvestierung und zu neuem Wirtschaftsaufstieg zu führen. Zu letzterem wären nun weiter notwendig: Belebung der Kaufkraft, damit mehr Waren gekauft würden, wodurch wiederum mehr Waren produziert und so mehr Arbeiter beschäftigt werden könnten und die Arbeitsnot allmählich wieder behoben würde. Wie ist das möglich?

Kaufkraftstärkung kann unter normalen Verhältnissen nur möglich werden durch Preisenkung bei gleichbleibenden Löhnen oder durch Lohnerhöhung bei gleichbleibenden Preisen oder aber auch durch Lohnerhöhung und Preisenkung zu gleicher Zeit. Nun haben wir aber kennengelernt, daß zur Zeit an keine dieser drei Möglichkeiten ernstlich gedacht werden kann. So bleibt nur die vierte unter den bestehenden anormalen Verhältnissen sich anbietende Möglichkeit:

## Kaufkraftstärkung durch Arbeitsbeschäftigung!

Bei Arbeitsbeschäftigung können Preise und Löhne gleichbleiben, wobei trotzdem die Kaufkraft gesteigert werden könnte dadurch, daß die neue in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit nun ein erhöhtes Einkommen durch Arbeitslohn erhielten.

Wie aber ist die Arbeitsbeschäftigung möglich? Sie ist im wesentlichen Umfange nur möglich über den Weg der öffentlichen Arbeitsbeschäftigung. Die private Wirtschaft, wie überhaupt der aktive Wirtschaftsmechanismus, also die Produktions- und Konsumtionsmittelindustrie sowie der Warenhandel sind heute noch zum großen Teile mit Arbeitskräften überlastet (siehe Kurzarbeit und Feiertagsarbeiten). Zu einer Mehrbeschäftigung also wäre schon eine beträchtliche Wirtschaftsbelebung Voraussetzung, wobei aber auch bei sehr starker Wirtschaftsbelebung in Anbetracht des zeitlichen Grades der Maschinenisierung und Rationalisierung mit einer Masse ein-

stellung von neuen Arbeitskräften nicht gerechnet werden kann, da ja bei der bestehenden Überkapazität in der gesamten Wirtschaft in absehbarer Zeit kein Bedarf für Neugründungen gegeben sein wird. Es bliebe also tatsächlich nur der Weg über die öffentliche Arbeitsbeschäftigung, also Leistung von Vor- und Aufbereitungsarbeit im Dienste der Gesamtwirtschaft. Wir rechnen unter anderem hierzu: Elektrifizierung und Motorisierung des Verkehrs, Wegebauten, Kanalbauten, Brückenbauten. Es kämen weiter hinzu kulturell und zivilisatorisch bestimmte Arbeiten wie Geländeplanung, Dekonomisierung freier Stadtgebiete usw.

Das eigentliche zur Lösung stehende Problem hierbei wäre aber nun

## die Finanzierung,

die nur in einer auf Jahrzehnte verlagerten Kreditgewährung möglich wäre. Die Kredite, das heißt die Kapitale selbst sind heute schon zum großen Teile hierzu vorhanden. Man denke an die 50 Milliarden Mark, die bis jetzt für 3% in der Weltwirtschaft herumschwimmen, ohne die brachliegenden Milliarden, die überhaupt keine Verwendung in der Wirtschaft haben. Man überlege weiter, daß die in Amerika und Frankreich vorhandenen Goldreserven eine weitere riesige Milliardenerschöpfung von Geld und damit Kredit erlauben. Und man denke daran, daß bei einer auf Grund einer internationalen Vereinbarung möglichen Herabsetzung der Golddeckungsgrenze in den Ländern mit Goldwahrung eine ganz gewaltige Vermehrung des Geldvorrats und damit zusätzliche Vermehrung von Kreditgewährung möglich ist.

Das alles aber ist zur Verwirklichung abhängig von der Gestaltung des internationalen Vertrauensverhältnisses. Aber selbst dann, wenn die Regierungen als solche zu einer Zusammenarbeit kommen, ist noch nicht ohne weiteres auch das notwendige Vertrauensverhältnis geschaffen, das den privaten Kreditgebern genügend Garantie zu einer ausgiebigen auf Jahrzehnte verlagerten Kreditgewährung geben könnte. Diese Garantie aber so schnell als möglich schaffen zu können, ist deshalb eine ebenso brennende Aufgabe wie die Gestaltung einer politischen Zusammenarbeit von Regierung zu Regierung. Und diese Garantie

## Aus der Dintapresse. „Kapitalismus und Wirtschaftskrise“.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten die Zeichen- und Werkzeitungen ein Artikel, in dem es heißt:

„Goldener Ueberfluß der Welt: Baumwolle in den Vereinigten Staaten, Weizen in Kanada, Kaffee in Brasilien, Kohle in Deutschland, England, Belgien, Amerika, hochgezüchtet! Sie finden keinen Käufer, keinen Verbraucher! Man hat die köstliche Gottesgabe, den Ertrag saurer Arbeit von Menschenhirn und -hand sogar der Vernichtung preisgeben wollen, um der Fülle Herr zu werden. Derweilen aber hungern und frieren in der Welt viele Millionen Menschen. Fürchtbarer Mangel in unmittelbarer Nachbarschaft von Scheunen und Lägern, die zum Bersten voll sind! Ein grauenhafter, ein grauamer Gegensatz! Da leht ihr, sagen Sozialisten und Kommunisten, was euer Kapitalismus wert ist! Ein Wirtschaftssystem, bei dem solche Dinge möglich ist, ist gerichtet! Wie verhält es sich mit diesem Vorwurf? Um es gleich zu sagen: Schon die Fragestellung ist falsch! Denn mit dem Wirtschaftssystem haben diese Mißstände, diese tief bedauerlichen Unvollkommenheiten gar nichts zu tun. Sie erklären sich ganz allein aus der Tatsache, daß es verschiedene Völker gibt, die wiederum durch staatliche Grenzen sich wirtschaftlich vor der übrigen Welt abriegeln.“

Stellen wir uns vor, die Vereinigten Staaten der Welt wären Wirklichkeit geworden, es gäbe ein Weltwirtschaftsministerium, dem Unternehmungsgeist wären keine nationalen Schranken mehr gesetzt, dann brauchte allerdings nicht eine Hand zu feiern. Denn wahr ist das Dichterswort, daß die Erde Raum für alle hat.

Nur ein kleiner Teil der Schätze, welche die Erde in ihrem Schoße birgt, ist bisher gehoben. Ganze Kontinente sind faun erloscht, gelochte denn der Weltwirtschaft nutzbar gemacht. Welch ungeheure Vorräte an Rohstoffen ruhen in Afrika, in Südamerika, in den Weiten Asiens. Ein Weltwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten der Welt könnte regulierend eingreifen. Keine Zölle und keine Einwanderungsverbote würden es daran hindern, die menschliche Arbeitskraft da anzusetzen, wo sie gebraucht wird, und die erzeugten Güter wiederum dahin zu lenken, wo sie konsumiert werden können. Der ewige Friede, die Ausgestaltung des Kampfes um wirtschaft-

## Sei Kämpfer in der neuen Front!

Die Erde gibt im Ueberfluß  
Dem Menschen alle Liebesgaben.  
Wenn er trotzdem noch darben muß,  
Ist Recht und Ordnung untergraben.  
Was fruchtbar ihrem Schoß entspringt,  
Soll reichlich jedem Menschen frommen.  
Der Segen wächst! Die Quelle fließt!  
Am Tisch kann jeder Platz bekommen!

Gedeiht das Korn, wird es verbrannt,  
Jedoch der Mensch muß Hunger leiden.  
Die Wolle erntet keine Hand,  
Um jede Blöße zu bekleiden.  
Der Kaffee wird ins Meer versenkt.  
Das Teeblatt biebt am Stengel hängen.  
Der Erde, die zuviel uns schenkt,  
Will der Profit den Schoß beengen.

Die Kohlenhalden türmen sich,  
Der Arme aber friert und zittert.  
Was tuts! Die Kuxe halten stich,  
Wenn auch die Kohle ganz verwittert.  
So viele sind noch ohne Dach  
Und möchten doch ein Heim sich bauen.  
Was tuts! Das Kapital liegt brach,  
Um Unheil aus der Not zu brauen.

O Wahnwitz einer kranken Zeit!  
Schon flammen deine Scheiterhaufen!  
Vorbei ist deine Herrlichkeit,  
Denn deine Uhr ist abgelaufen!  
Rot flammt am fernen Horizont  
Der neuen Zeit ersehnte Sonne!  
Sei Kämpfer in der neuen Front!  
Sei Vormann in der Marschkolonnen!

Victor Kalinowski.

zu schaffen, könnte sehr leicht sein, da es sich dabei um eine mehr organisatorische als politische Frage handelt. Und zwar müßte

1. die internationale Kreditgewährung zentralisiert werden in einer sogenannten Weltkreditbank, über die alle internationale Kreditvermittlung vor sich zu gehen hätte;

2. müßte die Geschäftsgebarung dieser Bank sich auf streng solidarischer Grundlage vollziehen in der Form, daß Gewinne (Zinsen) und Unkosten anteilmäßig auf die gesamte Umschlags-Summe des Weltkredits verteilt würden;

(Zum Beispiel nehmen wir an, daß nur zwei Kapitalisten den ganzen Weltkredit geben; der eine ein Drittel, der andere zwei Drittel. Es bliebe sich nun gleich, wie und wohin das von diesen Kapitalisten der Weltkreditbank zugeleitete Kapital von dieser weiterverliehen würde. Für beide Kapitalisten käme nur in Frage, wie hoch die Gesamtsumme der erzielten Zinsen abzüglich Unkosten sei, von der dann der eine ein Drittel, der andere zwei Drittel bekäme. Irigendwelche Verluste gingen somit auf das Gesamtkonto der Weltkreditbank und müßten anteilmäßig von beiden Kapitalisten getragen werden.)

3. wäre, wenn solche Organisation getroffen würde, und wenn es sich dann überhaupt noch als notwendig erweise, eine Erweiterung der selbständigen Krediterschöpfung über den Weg einer Regulierung der Golddeckung eine sehr einfache Sache, wenn dieselbe von der Weltkreditbank als zweckmäßig und dem allgemeinen Wohl vorteilhaft und dienstbar propagiert würde.

So erst würde es möglich, den völlig zerrütteten Geldverkehr wieder in Ordnung zu bringen und damit auch wieder einen geordneten Warenaustausch zu schaffen. Es käme natürlich dann noch hinzu, daß

4. die Zollschranken den ungestörten Warenaustausch nach ihren wirklichen Werten nicht mehr versperren und fallen müßten, womit gleichzeitig auch alle Hindernisse im internationalen Wanderverkehr fallen müßten. Das heißt also, daß sowohl für Waren wie auch für Menschen völlig freier Verkehr im Raume der Weltwirtschaft zugestanden wird.

Die nächste Zeit muß beweisen, ob der Privatkapitalismus zu all dieser Gestaltung den Mut und die Macht aufbringt. Wenn nicht, dann wird er eben dem Sozialismus weichen müssen, der dann die große Weltgemeinschaft aller Wirtschaftenden schaffen wird!

liche Güter mit politischen und militärischen Mitteln wäre Voraussetzung für eine Harmonie der Weltwirtschaft. (Ei, ei, ihr Herren! Woher plötzlich solche Töne? — D. Werk.)

Solange aber das „taufendjährige Reich“ des Friedens, von dem die Dichter singen, nicht angebrochen ist, muß auch ein sozialistischer Ministerpräsident, und wenn er über diktatorische Gewalt verfügte, mit der Abhängigkeit seines Landes von der übrigen Welt rechnen. Deutschland zum Beispiel wird sich niemals selbst genügen, es braucht Erze, Kupfer, Baumwolle und vieles andere, es kann seine Produktion nur im Einklang mit dieser Notwendigkeit entwickeln, es hat sofort Ueberproduktion, wenn das Ausland sich weigert, deutsche Waren in hinreichendem Umfang entgegenzunehmen. Politische, nicht wirtschaftliche Momente sind es, die eine internationale Arbeitsteilung und damit eine rasche Beseitigung der Weltarbeitslosigkeit verhindern.“

So weit die Dintapresse. Und sie glaubt damit dem „Marxismus“, worunter diese Leute alle Gegner des Nationalismus und Nationalsozialismus verstehen, einen schweren Hieb versetzt zu haben. Die Leute ahnen gar nicht, wie sie sich mit diesen Ausführungen selbst aufs Maul schlagen. Sie bekämpfen und verlästern uns Marxisten und Freigewerkschafter nun schon ein Leben lang als die sogenannten Internationalisten, die „mit dem Ausland gemeinsame Sache machen“, wodurch die „nationalen Belange“ gefährdet würden. Die zitierten Ausführungen aus der Dintapresse aber stellen einen einzigen Notruf an die „Internationalisten“ dar. Jetzt plötzlich, wo den Nationalisten der wirtschaftliche Boden unter den Füßen zu versinken droht, wo sich Zusammenbrüche und Stilllegungen häufen, die Arbeitslosen immer zahlreicher werden, die Not ins Unermeßliche steigt, jetzt kommt der Schrei nach internationaler Solidarität und Zusammenarbeit!

Sowohl, ihr Herren Nationalisten in der Wirtschaftsverwaltung, ihr Herren Generaldirektoren, Direktoren, Betriebsführer: es sind tatsächlich politische Momente, die sehr viel Schuld an unseren elenden Verhältnissen tragen. Aber warum sagen Sie nicht auch gleich, worin diese politischen Momente zu finden sind? Wir wollen das für Sie tun:

Diese politischen Momente sind zu suchen in dem idiotischen Gespöck der deutschen Nationalisten nach Rüstung und Revanche. Sie finden sich in dem rapiden Anwachsen dieser Rüstungs- und Revanchepolitik in den bürgerlichen, also in euren Schichten. Sie liegen in der Tatsache, daß die reaktionären Kapitalisten ihre Kassenschränke dem Nationalsozialismus zur Verfügung stellen, statt den Arbeitern ausreichende Löhne zu bezahlen. Sie bestehen weiter darin, daß gerade die schwerindustriellen Kreise den Internationalismus in der Praxis bis aufs Messer bekämpfen und den Nationalsozialismus mit allen Mitteln hochpäppeln. Sie sind begründet in der Tatsache, daß die Schwerindustriellen durch die Dintapresse, die Zeichen- und Werkzeitungen in millionenfacher Auflage das Gift des sturen Nationalismus in die Volksmasse hineinzuträufeln versuchen durch läugerische, demagogische und gegen alles Internationale heßende Artikel. Ist das alles nicht das direkte Gegenteil von dem, was auf Grund der oben zitierten Ausführungen in der Dintapresse notwendig wäre? Und müßte das Ausland nicht mit Abiolen beheizt sein, wenn es trotz des nationallistischen und nationalsozialistischen Lärms und dessen Duldung und Förderung durch die deutschen Wirtschafts- und Industriellenführer sich uns an den Hals werfen würde, um uns als Brüder zu feiern und zu helfen?

Deshalb: Wenn man schon erkannt und eingesehen hat, daß tatsächlich nur noch über die internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit ein Weg zur Rettung und zum Aufstieg gebaut werden kann, denn fort mit allem Nationalismus und Kampf dem Nationalsozialismus! Dafür das Bekenntnis aller zum Internationalismus, zur Völkerverjüngung und Völkerverständigung, als Bekenntnis zu der Politik, die der Sozialismus und die freien Gewerkschaften schon immer betreiben. Und darüber darf es auch bei all den Dintaleuten keinen Zweifel geben: Ein System, das sich nicht rücksichtslos zu solcher internationalen Politik und Zusammenarbeit bekennt und in der Züchtung und Aufpäppelung eines nationalsozialistischen Narrentums noch eine Weltaufgabe erblickt, ist tatsächlich gerichtet!

# HAUS UND LEBEN

## Verband und Volk.

So sehr Notzeit mit ihrem Beben und Brodeln auch zu Spaltung und Zerrissenheit neigt, so schweift sie doch im großen zusammen. Menschen der Not werden Brüder der Not. Das Erlebnis gemeinsamer Not bindet. Durch Not wächst Volk in die Tiefe seiner selbst.

Notzeit läßt erkennen, wer zum Volke gehört. „Nur wer eine gemeinsame Not fühlt, gehört zum Volke.“ So sprach Richard Wagner, der große Deutsche, und unsere Zeit der größten Not zeigt uns, daß nach dem Ausdruck dieses großen Deutschen, die am wenigsten zum Volke gehören, die am meisten und immer wieder von Volk und Vaterland gesprochen haben.

Wer 40 000, 50 000, 100 000, 200 000, ja 500 000 M. Jahreseinkommen hat und doch nicht freiwillig eine wesentliche Herabsetzung dieser riesigen Summen bewilligt, der ist volksfremd. Wer sein Geld ins Ausland verschiebt, wer in Notzeit abbaut, wo Abbau vermeidlich ist, wer in Notzeit das geringe Einkommen dennoch schmälert, der ist volksfeindlich.

„Die Feinde des Volkes sind die, die nach Willkür egoistisch handeln.“ So drückte Richard Wagner, der große Deutsche, das gleiche in seiner Sprache aus. Und wir sind deutsch in seinem Sinne, wenn wir das Wesen der egoistischen Klasse bekämpfen, gerade in dieser Zeit und allem nationalsozialistischem Scheindeutschtum zum Trost.

„Wer ist denn das Volk?“, fragt Richard Wagner, den gerade der Nationalsozialismus so gern „den Deutschen“ nennt. „Alle diejenigen, welche Not empfinden“, so antwortet er, „und ihre eigene Not als die gemeinsame Not erkennen oder sie in ihr begriffen fühlen.“

Mit dem Volke fühlen! Not fühlen! Und sich ansetzen — nicht gegen Klasse, nicht gegen Grenzen —, nein, gegen den abgestorbenen Teil des eigenen Volkes! Gegen die Ausbeuter und Unterdrücker! Gegen die Gatten und Philister! Gegen die Herglosen, die da nicht fühlen mit dem Volke und nur über ihren Besitz wachen und ihren Vorteil hüten ohne Verbundenheit mit all den darbenenden Schwelstern und Brüdern des eigenen Volkes.

Volk der Not, stehe zusammen! Binde dich im starken Verband! Schließe dich zusammen gegen die Klasse! Werde stark durch Einheit! Daß so durch deinen Kampf die Freiheit werde! Daß so das Volk eines Erlebens werde und eines Glaubens!

Das Volk! Das Volk von morgen! Das Volk der Einheit, der Freiheit und des Glücks! Dr. Gustav Hoffmann.

## Die Sitzung.

Im Gesellschaftszimmer des Gewerkschaftshauses waren alle Funktionäre der Zahlstelle III versammelt. Streik stand bevor. Deshalb hatte der erste Vertrauensmann sie zusammen kommen lassen. Nun eröffnete er die Sitzung und gab einen Bericht über die Revierkonferenz und ihre Stellungnahme zum Streik. Dann wurde in die Aussprache eingetreten. Franz, der die Funktion des Schriftführers bekleidete, erhielt als erster das Wort. Er sprach davon, wie die Frechheit der Beamten und die Ausbeutung immer mehr zunehme und unterjuche auch, ob man hier mit gewerkschaftlichen Mitteln etwas machen und dem entgegensteuern könnte. Ja, wenn alle organisiert wären! Aber so? Trotzdem aber war Franz der Meinung, man müsse mal aufhören mit dem Verhandeln und Kompromisse-schließen. Einfach Schluss machen und es darauf ankommen lassen: Sie Unternehmer, hie Arbeiter!

Plötzlich rief jemand: „Zur Tagesordnung! Ich stelle fest, daß Kamerad Franz B. nicht zur Sache spricht und beantrage, ihm das Wort zu entziehen!“ Unruhe entstand.

„Nicht zur Sache spreche ich?“, rief Franz dazwischen. „Da schlag doch gleich der Teufel ein! Ist das vielleicht nicht zur Sache gesprochen, daß viele von uns mit einem Hundsgemeinen Lohn nach Hause gehen? Gehört das nicht zur Tagesordnung, daß der größte Teil der Kumpels murr?“

„Ruhe!“ brüllte der Vertrauensmann. „Nehmt doch Vernunft an. Laßt ihn sprechen, dann könnt ihr ja auch daselbe tun!“ „Verdammt, ich bin noch lebendig“, fuhr Franz im Sprechen fort, „aber wenn ich die Familienväter ansehe, wie sie elend dahinfrieren, vor Hunger bald umkommend, nein, da halt ichs nicht mehr aus. Für sie, nur für sie rede und kämpfe ich. Seht euch ihre ausgehöhlten Gesichter nur an. Zwar sehen sie noch stumpf, resigniert aus, aber der kleine glimmende Funke in ihren Augen verrät, wie es in ihrem Innern ausfieht, wie es darin sischt und brodelt. Ihre Seelen verbrennen bei der Blut des inneren Feuers und die Asche davon verwandelt sich in Haß, in Radikalismus, in Wut. Und dann wehe, wenn man sie zum letzten treibt!“

Sollten wir aus den jahrausendalten Sklavenkämpfen, die auch schon unter dem blutroten Freiheitsbanner ausgefochten wurden, nichts gelernt haben? Was ist es denn, was wir, was ihr und so viele andere heute wieder beklaffen werden? Ruhe, Ruhe bewahren, ja nicht gegen das Gesetz verstoßen! Was ist das anderes, als an einer Eiterbeule herumdoziern, die nicht aufgeht, während im Innern die Bakterien sich wohl fühlen und mästen? Und genau so macht es das Kapital. Schon lange werden wir auf legalen Wege ausgebeutet. Wir sagen: Die Republik hat uns alle zu gleichen Staatsbürgern gemacht. Run gut! Aber wer hat das Geld? Wer hat das Recht auf seiner Seite und wer darf nach seinem Belieben die Wirtschaft betreiben? Die Bourgeoisie! Ach, machen wir doch endlich Schluss mit ihr. Schneiden wir doch lieber die kapitalistische Eiterbeule auf, sonst wird die Welt nie gesund. Ich weiß wohl, was ihr mir antworten wollt: „Kommunismus!“ Ja, das bin ich, bin es aber auch nicht. Seht doch, was nützt uns all das müßige Bauen am großen Werk Sozialismus, wenn wir nicht vorher die Pestbeule Kapitalismus vernichten? Sie vergiftet uns doch tagtäglich durch ihre Giftpfeile der Presse und ihren anderen, in bürgerlicher Mentalität gehaltenen Kultur- und Vergnügungseinrichtungen. Wie sollen wir da vorwärtstommen? Ach, es ist ein elendes, fortwährendes Kämpfen und Ringen, wobei wir wohl unsere Anhänger halten, aber nicht vermehren können!“ Wohl noch zehn Minuten sprach Franz. Er war ganz in Eifer geraten. So erregt hatten ihn seine Kameraden noch nicht gesehen und gehört. Plötzlich brach er ab. Erschöpft sank er auf seinen Stuhl. Still ward es im Zimmer. Dann erhob sich

der zweite Vertrauensmann. Er war ein alter Braukopf, der von der Rufe auf an dem Aufbau des Verbandes mitgeholfen hatte und konnte schon ein Wort mitreden von Gewerkschaftskämpfen und Streiks. Sichtlich schwer wurde ihm aber diesmal das Sprechen, denn auch er war nur Mensch und wollte früher auch oft mehr dem Gefühl, als der reinen Vernunft folgen. All dieses sagte er jetzt dem jungen Franz B., ohne jeden Zorn, nur mit fast väterlichem Tone. Dann ging er weit zurück in die Geschichte der Arbeiterbewegung und zeigte, wie nach all den Revolutionen, Putzsch und Aufständen immer eine große Zerrüttung zurückblieb und die Arbeiterklasse sich in gemäßigtere und radikalere Gruppen spaltete. Darüber freute sich die Bourgeoisie und verstand es, sich immer wieder als die Besitzenden und Herren aufzuspielen.

„Gewiß, ich gebe zu, daß unser heutiger demokratischer Weg, der, mit der angewandten Taktik der Partei und der Gewerkschaften, uns aus diesem kapitalistischen Sklavensoch befreien soll, ein sehr feiner ist“, sagte der alte Braukopf dann, nachdem er einen Schluck Bier getrunken hatte.

„Aber“, so fuhr er fort, „gibt es einen anderen? Nein! Würde sich die Arbeiterschaft nur dessen bewußt, was die Republik für sie bedeutet, welche Macht das allgemeine freie Wahlrecht eines demokratischen Staates einer klassenbewußten Arbeiterschaft in die Hände gibt. Und die Arbeiterschutzgesetze, die Betriebsräte, Sozialversicherungs- und Knappschaftsgesetze, ist das alles nichts? Ja, sagen viele, das muß so sein! Aber wie war es denn früher? Was gab es da? Nichts von alledem! Geschunden, gequält, betrogen wurde man, und nirgendwo konnte man sein Recht suchen. Ach, manchmal überkommt einen doch 'ne Mutlosigkeit. Dann fragt man sich: Verdient der Arbeiter es eigentlich, daß man sich für ihn aufopfert, kämpft und leidet? Wahrhaftig, ich traure nicht über die der Bewegung geopfert Zeit, die andere im frohen Kreise ihrer Familie verlebt haben. Und doch denke ich in Stunden seelischen Niedergedrücktheits: hättest du es doch auch so gemacht!“

Wie schön wäre es, wenn alle sich einreihen und mitkämpfen würden, dann könnte man eine Arbeitsteilung vornehmen, daß der eine diese und der andere jene Funktion bekleidete. Jeder könnte sich ein Spezialfach ausuchen und in ihm arbeiten und wirken. Auch brauchten wir dann nicht heute hier zu sitzen und uns zu beklagen, wie wir die Kumpels zum Streik bewegen müssen. Ein jeder würde dann so marxistisch geschult, daß er selbst wüßte, was er zu tun und zu lassen hätte. Aber leider, leider ist es nicht so. Deshalb müssen wir weiterstreben und kämpfen für all die Indifferenten, die nur die Früchte unserer Arbeit einheimen und sagen: Es muß ja so sein und kommt auch ohne unsere Beiträge!

Wahrhaftig, solange die Arbeiterschaft sich durch Uneinigkeit zersplittert, braucht das Kapital nicht zu zittern vor den marschierenden Arbeiterbataillonen. Nein, mit so einer Masse, die man erst zum Kampf aufrufen muß, dann aber, weil sie unorganisiert und somit ungerüstet dasteht, sobald der Hunger kommt, Streikbrecher wird oder in ihrer Verzweiflung raubt und plündert, ist kein Kampf möglich, wie er einem wirklichen, klassenbewußten Proletariat zukommt. Solange dies unsere irreführenden Brüder von ganz links nicht glauben und nicht einsehen wollen, daß man eben mit einer unorganisierten, nicht geschulten Arbeiterklasse keinen Kampf führen kann, werden wir noch lange brauchen, um das Ziel, den Sozialismus, zu erreichen.“

Der alte ergraute Kämpfer schwieg. Er hatte tief ausgeholt. Alle waren von seiner Rede sichtlich bewegt. Die Reihe des Sprechens war an Albert P., dem Kassierer.

„Nicht viel habe ich zu sagen“, begann er, „denn wenn ein Alter gesprochen hat, so hat er wirklich gesprochen und wir an-

deren müßten eigentlich schweigen. Es ist wirklich wahr, ein großer Teil der Arbeiterschaft verdient es nicht, daß man für sie kämpft. Freilich, wenn man den Kampf nur gegen das Kapital zu führen hätte, dann wäre das ein leichtes Spiel. Aber so, noch ein Kampf gegen das Mißtrauen seiner eigenen Kameraden, die den verlogenen kapitalistischen und zum Teil auch kommunistischen Zeitungen und Versprechungen mehr glauben als uns und unserer Presse, nein, dieser Kampf nach zwei Seiten wird nie zu gewinnen sein!“

Da sprang erregt der blonde Hans G., der Bibliothekar von seinem Stuhl auf, schlug zornig mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser hochsprangen und schrie:

„D, ihr Bestimten! Was ist eigentlich in euch gefahren, he! Natürlich, nur mit eurer reinen, nüchternen Vernunft begeistert ihr die Massen nicht, denn wenn die politischen und gewerkschaftlichen Erregungenschaften sich nicht sofort in Brot verwandeln, versteht dies die Masse nicht. Dieselbe Begeisterung, die einst die alten Vorkämpfer hatten, als sie unter eiserner Knute für ihre hohen Ideale, für Recht und Freiheit kämpften, müssen wir wieder entfachen. Nicht auf das Augenblickliche kommt es an, sondern auf die Idee im ganzen und ihrer Auswirkung und Entfaltung in der Zukunft. Hat der verflaute Teil der Menschheit zweitausend Jahre in stiller, dumpfer Ergebenheit in der Mentalität der Untertänigkeit verharret, gedarrt, gehungert, geklittet, so werden wohl die Kindeskinder der Genarrten auch noch einige Zeit sich gedulden können, bis durch die Evolution und ihre unumstößliche Gesetzmäßigkeit die Epoche des Sozialismus beginnt. Aber nicht allein auf die Entwicklung wollen wir uns verlassen und deshalb legen wir ja mit Hand ans Werk. Ihr, in realer Kleinarbeit, um die gegenwärtige Lebenshaltung zu verbessern, ich aber in der ideellen Kulturarbeit. Beide Arten von Arbeit sind notwendig. Die letztere scheint mir aber doch den Vorzug zu haben, denn meine Meinung ist, man muß den indifferenten Arbeitern, vor allen anderen Dingen, den Sozialismus näher bringen. Und wenn uns das nicht mit kulturellen Mitteln gelingt, nun, so machen wir es genau in derselben schmuckhaften Art wie der Kaufmann, der durch sein raffiniert dekoriertes Schaufenster die Leute zum Ansehen heranzieht und dann zum Kaufen einladet.“

Hans machte eine Pause, strich sich das Haar von der Stirn, wie um neue Gedanken zu sammeln. Dann wollte er im Sprechen fortfahren, doch Karl, der erste Vertrauensmann, wurde wütend und entzog ihm das Wort.

„Keiner spricht zur Sache!“, schimpfte Karl. „Das viele Reden hat gar keinen Zweck. Wenn wir halb so viel reden und mehr handeln, mehr Taten zeigen würden, wäre es viel besser. Ich habe von der Bezirksleitung Richtlinien für einen eventuell a Streik erhalten. Wenn wir dies dann alles durchführen, wird es uns bestimmt gelingen, den Streik auf der ganzen Linie zu entfalten.“

„Das konntest du gleich zu Anfang der Sitzung uns gesagt haben, dann wäre die ganze Diskussion nicht entstanden“, brummte Emil H., der Revier, in seinen Bart.

„Hat auch nichts geschadet“, erwiderte Karl gelassen. Dann schloß er die Sitzung. Alban Sommer

42.

Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

Woche

vom 11. bis 17. Oktober 1931

## Eisen in Afrika.

Hier sind wir in Afrika: im Tanganjika-Territorium, unter englischer Verwaltung, früher hieß dies Land: Deutsch-Ostafrika. Zweimal so groß wie ganz Deutschland, mit 5 Millionen Einwohnern. Vor dem europäischen großen Weltkrieg hatte dieses Land noch 8 Millionen Einwohner, Schwarze natürlich, Bantuneger — heute sind 3 Millionen Menschen verschwunden. Wohin? Der Steppenwind weht über ihre Gräber. Gestorben. Die schreckliche Schlafkrankheit, sie ist die große Geißel von Ostafrika. Die Schlafkrankheit, ansteckend, übertragen vom Stich der Tsetsefliege — der Verlauf der Krankheit ist immer tödlich. Es gibt nur ein Vorbeugemittel, ein Serum, manchmal hilft das, manchmal nicht.

Muanja. 12 000 Einwohner. Regierungsstation. 2000 schwarze Soldaten unter weißen Offizieren, Briten im Tropenhelm, mit goldenen Zähnen und mit der Reitsepeiche unterm Arm. Muanja am See. Hafenstadt. Britische Dampfschiffe. Handel und Verkehr. Verbindung mit den britischen Nordkolonien am See, mit Land Uganda und mit Land Kenia. Der See, tosend unter der Sonne. Aber noch, kochender unterm Tropensturm — wenn der Regen wie aus geborstenen Fässern vom Himmel stürzt, wenn der Blitz grollt und gelb die Luft verchwefelt, wenn der Donner grollt, als ob die Welt einsinken sollte! Die Tropengewitter mit Zyklonen und Wolkenbrüchen — in den Vulkanbergen Ostafrikas brauen sie sich zusammen, dieie Gewitter, im Gegenlag von heiß und kalt: auf den ewigen Gletschbergen des 6000 und 5000 Meter hohen Kilimandscharo und Kenia. Muanja: der Herr ist hier, der mit der Reitsepeiche und mit den goldenen Zähnen — der Weiße aus Europa! Den Handel betreiben die Bräunen und die Geiben — die Araber und die Indier. Der Schwarze aber ist das Lasttier. Und wenn er besonders gut pariert und gehorcht, dann darf er auch 'ne Flinte tragen — unterm Befehl der britischen Offiziere. Muanja, vor der Stadt, am See, im Palmenhain — das Hospital, die große Sterbestätte, 3000 Kranke — von überall her: die Todeslandidaten mit der Schlafkrankheit, isoliert wie die Leiden am Friedhof. Europäische Ärzte und europäische Laboratorien — das letzte Heilmittel gegen die Seuche ist noch nicht entdeckt. Vorläufig ist Doktor Tod immer noch stärker als Doktor Serum. In zwanzig Jahren starben drei Millionen Menschen — die Epidemie der Schlafkrankheit! Ostafrika. Britisches Territorium Tanganjika, zweimal so groß wie ganz Deutschland. Es leben noch fünf Millionen Schwarze. Wenige Weiße. Die Händler sind Araber und Indier. Der Schwarze ist Viehzüchter, Nomade, Bauer und Handwerker. Königin: Mutter — und dennoch, Feindin des Landes, ist die brennende Sonne! Nach der Regenzeit blüht das Land wie ein Paradies — hinterher verdorrt alles, die Sonne: Gott und Teufel!

Muanja am Victoriasee. Droben im Steppenland liegt ein großer Schatz: Eisen! Eisenerz in reichstem Geader, noch uneröffnet. Auch Kohle ist im Lande. Aber 1000 Kilometer vom Eisen entfernt. Im Bergland des südlichen Nijassales wartet geduldig die Kohle. Eisen und Kohle wollen zueinander. Hochzeit wollen sie machen — im Hochofen. Einst wird das

kommen. Wenn die Schlafkrankheit überwunden ist. Erst der Arzt — dann der Ingenieur. Und die Bahnen — Eisen und Kohle werden durch den glühenden Ring der Stahlkette verbunden sein — dereinst, in hundert Jahren: dann wird Ostafrika ein blühendes Kulturland werden! Es ist fruchtbar, es hat Bodenschätze, die Menschen werden gedeihen — bunte Menschen, alle Hautfarben gemischt, der Ueberfluß an Menschen auf der Welt — er wird sich dereinst dahin ergießen, wo neue Lebensmöglichkeiten auf ihre Erschließung warten. Ostafrika hat eine große Zukunft!

Muanja. Das Seehospital. Unter Palmen. Leise wagen die bleiernen Wellen auf den Strand. Auf Matten liegen die Kranken. Da, nebeneinander — zwei Geschwister, Zwillinge, achtzehn Jahre alt, sie sind wach — Bantu, der Knabe; Sula, das Mädchen: abgemagert zu Gerippen — sie erzählen sich was. Fünf Jahre sind unsere Eltern nun schon tot! Ihre Krankheit haben wir geerbt. Wir erben auch das Feld, die Ziegen, die Schafe und den Esel. Aber wir konnten das nicht haben. Wir waren noch zu jung, kaum dreizehn, der Acker verfiel — die Ziegen mußten wir verkaufen — und den Esel und die Schafe. Wir aßen alles auf. Und als nichts mehr zu essen da war — da gingen wir auf den Rennweg, in die Steppe zu den Eisenschmieden. Wir haben Kasenerz gegraben, wir haben Steinöfen gebaut — mit Holzkohle haben wir das Kasenerz geschmolzen — mit hundert Kollegen und Kolleginnen — die Männer und Buben gruben und schmolzen — die Mädchen traten die Blasbälge — Sula, Schwester, weißt du noch? Die Feuer glühten, das Erz schmolz. Ihr Mädchen tanztet, auf den Blasbälgen: zur Musik der Trommel, Flöte und Pauke — Eisen in Afrika! Der Löwe jagt die Antilope. Die Sonne schießt Pfeile.

Mädchen Sula und Knabe Bantu im Hospital, Epidemiefranke in Muanja, am See Victoria. Afrika-Ost.

Klagt es in den Palmen? Der Wind? Nein, es ist wie ein Traum in den Palmen, wie Erinnern — Erinnern auf Freude. Wie schön war die Arbeit am Erzen — Schwester Sula! Ja, Bruder Bantu! Der Tanz war aus, die Blasbälge und die Trommeln schwiegen — die Geburt war da — aus dem Schmelzofen kam die fertige Eisenklappe — das schmiedbare Roh Eisen, weißglühend — die Hämmer her, Weißglut wird Purpur, Funken sprühen, alle Herzen sind freudig — die Schöpfungsstunde, wir schmieden — in Afrika — Speerspitzen, Angelhaken, Messer, Hämmer, Zangen, Beile! Wir waren dabei — wir, die Zwillingsgeschwister Bantu und Sula. Jetzt sind wir schlafkrank. Wir sterben. Wir gehen den Eltern nach. Die Augenlider werden schwer. Die geschwollenen Drüsen eitern. Der Ausschlag brennt. Schön war unser kurzes Leben — droben, auf der Steppe, beim Rennwerk — Eisen in Form!

Muanja am See Victoria. 3000 Schlafkranke. Und haben doch alle ein Herz. Ein Herz — wie Sula und Bantu — ein Herz, wie ich und du, Kamerad. Die Palmen rauchen — ich aber meine: das Rauchen ist ein großes, großes Weinen: da ist viel Unglück in der Welt — aber: Mut — laßt uns kämpfen! Mit dem Hammer Glück schmieden wir das Unglück — Kohlen, Feuer, Eisen, Funken, Form! Neues Leben! Max Dortu.

# Lohnabbau auf der ganzen Linie.

Neben dem bisher erfolgten Lohnabbau im Ruhrgebiet und Mächener Steinkohlenbergbau in Höhe von 7 Prozent, der bekanntlich durch die Kauterordnung gegen den Willen der Parteien für verbindlich erklärt wurde, sind neuerdings die Löhne für den ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau sowie des oberbayerischen Pechkohlenbergbaues durch Schiedspruch gekürzt worden.

Am Tarifstreit des ober-schlesischen Bergbaues fällt die Schlichterkammer am 8. Oktober einen Schiedspruch, der für den ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau Manteltarif und Arbeitszeitabkommen in der bisherigen Fassung wieder in Kraft setzt. Die Löhne werden ab 8. Oktober im Steinkohlenbergbau um 7 Prozent, im Erzbergbau um 4 Prozent ermäßigt. Die Löhne der Jugendlichen bleiben bestehen. Von den Arbeitnehmern wurde der Schiedspruch abgelehnt, doch steht zu befürchten, daß auf Grund der Ratverordnung der Schiedspruch für verbindlich erklärt wird.

Am Lohnstreit des oberbayerischen Pechkohlenbergbaues wurde am 3. Oktober durch die Schlichterkammer ein Schiedspruch gefällt, der ab 1. Oktober einen Lohnabbau von gleichfalls 7 Prozent vorsieht. Die neue Regelung soll bis zum 30. November 1931 gelten. An der Arbeitszeitfrage wurde gleichfalls durch Schiedspruch das bisher bestehende Ueberarbeitszeitabkommen bis zum 30. November 1931 wieder in Kraft gesetzt. Auch hier wurden sofort im Anschluß an den gefällten Schiedspruch von den Gewerkschaften beide Schiedsprüche abgelehnt, während der Arbeitgeberverband die Verbindlichkeitsklärung beider Schiedsprüche beantragt hat. Die Verbindlichkeitsklärung steht bis heute aus.

Während für den Steinkohlenbergbau eine Milderung des Lohnabbaues durch Uebernahme der Arbeitslosenversicherungsbeträge auf das Reich, geplant bzw. durchgeführt ist, ist eine ähnliche Regelung für den bayerischen Pechkohlenbergbau nicht erfolgt. Die Gewerkschaften haben bei der zuständigen Stelle beantragt, auch für den Pechkohlenbergbau die Zahlung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf das Reich zu übernehmen.

Die Lohnordnung für den nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau ist zum 31. Oktober 1931 gekündigt. Die Parteienverhandlungen werden voraussichtlich in der Woche vom 12. bis 18. Oktober stattfinden. Auch hier werden die Gewerkschaften nichts unversucht lassen, um einen Lohnabbau, wie er in fast allen übrigen Bezirken zu verzeichnen war, abzuwehren.

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau liegt gleichfalls ein Schiedspruch vor, der die Löhne ab 1. Oktober um 7 Prozent ermäßigt. Ein gleichlautender Antrag liegt für Niedersachsen vor. Die Tarifverhandlungen sind bisher noch nicht abgeschlossen. Wir werden über den Verlauf dieser Verhandlungen in der nächsten Nummer unserer Zeitung berichten.

# Kaffeeplantagen an der Ruhr.

Neuerdings nennt der Kumpel an der Ruhr die großen Kohlenbalden „Kaffeeplantagen“. Es verlaute nämlich, daß das Ruhrkohlen-syndikat in Verhandlungen stehe mit brasilianischen Kreisen, um Ruhrkohle gegen brasilianischen Kaffee auszutauschen. Es handelt sich, so schreibt Dr. W. Go. im „Berliner Tageblatt“, um eine Menge von etwa 300 000 To. Steinkohle, die gegen Kaffee ausgetauscht werden sollte. Man hat sich die Transaktion vermutlich etwa so vorzustellen, daß brasilianische Kohlenimporteure und Kaffee-Exporteure einerseits, deutsche Importeure und das Ruhrkohlen-syndikat andererseits die Finanzierung und Abrechnung unter sich vornehmen sollen. Es ist anzunehmen, daß bei den Urhebern des Planes die Ueberlegung eine Rolle gespielt hat, daß auf diese Weise auf beiden Seiten eine Devisenbeanspruchung kaum erforderlich sein würde. Hinzukommt selbstverständlich der Wunsch des Ruhrbergbaues, sich einen neuen Absatzmarkt zu erschließen, und die Bemühungen Brasiliens, von seinen hohen Kaffeevorräten herunterzukommen.

Wenn der geplante deutsch-brasilianische Warenaustausch gelingen sollte, könnte man sich denken, daß er zu ähnlichen Verträgen auch mit anderen Ländern — etwa zu einem Tausch von Kohle gegen kanadischen Weizen — ermuntern würde. Immerhin muß man schon jetzt vor übertriebenen Hoffnungen warnen, da die Schwierigkeiten und Widerstände sich zweifellos als recht beträchtlich herausstellen dürften.

# Knappschafftskonferenz in Magdeburg.

In einer am 26. September in Magdeburg stattgefundenen Knappschafftsältestenkonferenz der Halberstädter Knappschaffts-Abteilungsvorsteher Hild über: „Kürzung der Knappschaffts-pensionen!“

Er ging von der am 22. November 1930 beschlossenen Satzungsänderung aus, die eine Kürzung der Pensionen beim Zusammen-treffen mit Einkommen aus Lohnarbeit und mit gewinnbringender Beschäftigung brachte. Die Gesamtbeiträge der Anwärter wurden durch die gleiche Satzungsänderung auf 80 Prozent des Endbetrages der Lohnklasse (für die Halberstädter Knappschaffts-also 120 M.) und die der Witwen auf 70 Prozent des Endbetrages (105 M. für die Halberstädter Knappschaffts) begrenzt. Bis bisher über das 15. Lebensjahr hinaus weitergezählten Kinder- und Waisengelder beim Vorliegen von Gebrechen und Berufsausbildung kamen mit dem 1. Januar 1931 in Wegfall. Künftig können nur noch Kinderzuschüsse und Waisenrenten, die aus der Invalidenversicherung gezahlt werden, unter diesen Voraussetzungen weitergewährt werden.

Redner berührte auch die am 1. Juli 1931 eingetretene Satzungsänderung. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 verpflichtete die Knappschafftsämter, die Leistungen der Knappschaffts-pensionskasse mit Wirkung vom 1. Juli 1931 zu mindern.

Durch Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 15. Juli 1931 wurde die Säugung der Reichsknappschaffts geändert. Sie brachte zunächst eine allgemeine Kürzung der Steigerungsbeträge für die Jahre vor 1924 um 14 Proz. Sie brachte ferner eine strengere Kürzungsvorschrift für die nach § 36 R.K.G. gezahlten Alters-pensionen. Die Pensionen von Mitgliedern ausgeschiedener Werke wurden durch die in dem § 89, und k der Säugung bestimmte Vorschrift noch besonders gekürzt. Das Kindergeld beträgt ab 1. Juli 1931 nur noch die Hälfte des Kinderzuschusses der Invalidenversicherung, also 5 M. monatlich. Das Waisengeld ruht ganz, wenn die Steigerungsbeträge der Waisenrente höher sind als die des Waisengeldes, was bei allen Renten der Fall sein wird. Die Bestimmungen über die Verbindungen bei Wieder-verheiratung von Knappschaffts-witwen sind durch die erwähnte Satzungsänderung vorläufig außer Kraft gesetzt. Das bisher in Höhe des dreifachen Monatsbetrages der Pension ge-

# Warum nicht Achtstundenschicht im Kölner Braunkohlenrevier?

Ein Arbeiter des Kölner Braunkohlenreviers schreibt uns: Bei den letzten Verhandlungen in der Arbeitszeit- und Lohnfrage stießen die Gewerkschaften im Kölner Revier auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer. Diese wollten unter allen Umständen einen Lohnabbau von „nur“ 10 Prozent und ließen alle Witten springen, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu hindern. Erst nach langen Verhandlungen gelang es, eine Vereinbarung zu treffen, daß ab 1. September die Arbeitszeit auf 8 Stunden und die Schichtzeit auf 8 1/2 Stunden verkürzt wurde. Die bestehende Lohnstufe bleibt bekanntlich bis zum 18. Oktober in Kraft. Nun heißt eine Klausel in dieser Vereinbarung:

„Die Betriebsleitung kann mit der Betriebsvertretung für den ganzen Betrieb, für einzelne Betriebsstellen oder für geschlossene Arbeitergruppen, die an den durchlaufenden Maschinen sind, vereinbaren, daß statt der 8 1/2-stündigen Schicht nur eine solche von 8 Stunden verfahren wird; in diesem Falle findet keine Pause statt, und die Belegschaft kann ihr Essen an der Arbeitsstelle einnehmen.“

In den Verhandlungen brachten die Unternehmer zum Ausdruck, daß allem Anschein nach in den größeren Betrieben die Achtstundenschicht eingeführt werden könne. Bei den kleineren Betrieben aber würde dieses mit größeren Schwierigkeiten verbunden sein, weil hier wohl noch die Arbeiter aus der Spring-schicht für Hofarbeiten u. a. benötigt würden.

Die Einführung der Achtstundenschicht läßt sich in diesem Revier ohne große Umstände durchführen. Wer aber glaubte, daß die Unternehmer von diesem Recht einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit Gebrauch machen würden, sollte sich schwer getäuscht haben. Da die Unternehmer in dieser Sache nichts von sich hören ließen, schlugen eine Reihe von Betriebsvertretungen von sich aus den Unternehmern die Einführung der Achtstundenschicht vor. Aber auch diese Bemühungen blieben ergebnislos. Einzelne Unternehmer schützten sich sogar nicht, den Betriebsräten zu sagen, daß nur sie, nicht aber die Betriebsräte das Vorschlagsrecht hätten. Die Stellungnahme deckt sich genau mit dem Bericht des „Reichs für die Interessen der Rheinischen Braunkohlenindustrie“ für das Jahr 1930/31. In diesem Bericht heißt es, daß die von den Gewerkschaften erstrebte Verkürzung der Arbeitszeit nur für einen kleinen Teil von Industrien durchzuführen sei, und auch nur dann, wenn sie dem freien Ermessen der in Betracht kommenden Unternehmern überlassen bleibt und nicht schematisch durch die Gewerbspolizei geregelt wird.

Vergleicht man diesen Arbeitgeberbericht mit der Stellungnahme der Unternehmer in dieser Frage, so müßte man zu dem Schluß kommen, daß nur aus dem Grunde, weil die Betriebsräte hierbei ein Mitbestimmungsrecht haben, die Einführung einer weiteren Arbeitszeitverkürzung abgelehnt wurde. Zu dieser Frage aber müssen einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht werden.

Wenn die Arbeiter in den durchgehenden Betrieben sich für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen, so nicht nur aus dem Grunde, weil sie den tatsächlichen Achtstundentag wiederhaben wollen. Durch die weitere Verkürzung der Arbeitszeit werden sie selbst finanziellen Schaden leiden, weil dann ja die Bezahlung der Pause in Fortfall käme. Wenn sie auf Verkürzung der Arbeitszeit drängen, dann nur aus dem Grunde, weil sie für ihre arbeitslosen Kameraden Arbeitsplätze frei machen wollen. Wenn das auch nicht in einem großen Umfang geschehen würde, etwas kommt bei der Wirtschaft doch heraus; denn heute müssen die Arbeiter aus der Spring-schicht noch jeden Tag eineinhalb Stunde Nebenarbeiten verrichten, was durch Einführung der Achtstundenschicht in Fortfall käme. Für diese Arbeiter könnten dann neue Arbeitskräfte eingestellt werden, und es wäre dadurch wieder etwas zur Steigerung der Not und des Glendes einer Reihe von Erwerbslosen beigetragen.

Für die Unternehmer würde sich durch diese Maßnahme auch keine wesentlich größere Belastung ergeben, weil sie ja auch durch das Nichtbezahlen der Pause pro Kopf des Arbeiters in den durchgehenden Betrieben je Schicht 30 Pf. ersparten. Und selbst wenn keine neuen Arbeiter eingestellt würden, so würden sich doch in jedem Falle weitere Entlassungen verhängen lassen. In den letzten Wochen scheint sich nämlich wieder eine richtige Entlassungswelle im Kölner Braunkohlenrevier vorzubereiten. Durch die Großraumtauganlagen auf einer Reihe von Gruben werden wieder eine ganz Menge von Arbeitern überzählig und stehen zur Entlassung. Diese Arbeiter könnten dann ganz gut für die Nebenarbeiten, die heute noch von der Spring-schicht gemacht werden, verwendet werden.

Aus der Einstellung der Unternehmer sieht man, daß sie noch immer grundsätzliche Gegner einer Verkürzung der Arbeitszeit sind, daß sie aber auch weiter keinerlei Maßnahmen ergreifen wollen, um den Erwerbslosen wieder Brot und Arbeit zurückzugeben. Es scheint den Unternehmern alles daran gelegen zu sein, wie die Lohnverhandlungen im Oktober verlaufen. Die Arbeiterschaft wird sich mit allen Mitteln gegen einen Lohnabbau zur Wehr setzen, denn die hohen Gewinne der einzelnen Gesellschaften zeigen, daß sie ganz gut einen Lohnausgleich bezahlen können. Aus dieser Stellungnahme der Unternehmer ergibt sich aber wieder deutlich, daß nur durch die Machtmittel der Gewerkschaften die Unternehmer zwingen werden können, solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Linderung der über großen Not eines großen Teiles der deutschen Arbeiterklasse beitragen. Die logische Schlussfolgerung daraus muß sein, daß die Macht der Gewerkschaften in jeder Beziehung gestärkt werden muß. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer intensiven Stärkung der Sozialdemokratischen Partei, damit diese bei der Regierung dahin wirken kann, daß auch die staatlichen Machtmittel gegen die Unternehmer in dieser Frage eingesetzt werden. wsl.

währte Sterbegeld wurde auf das Eineinhalbfache der Pension herabgesetzt. Die bisher ziemlich unbeschränkt gewährte Krankenhilfe an Pensionsempfänger wird durch den § 97 der neuen Satzung auf die Knappschafftsärztlich versorgten Kursprenge beschränkt. Außerhalb dieser Sprengel wohnende Pensionsempfänger haben keinen Anspruch mehr auf Krankenhilfeleistungen aus der Invalidenversicherung.

In der Aussprache nahm als erster der Vorsitzende der Reichsknappschaffts-Kamerad Viktor, das Wort, der eine umfassende Ueber-sicht über die Entwicklung gab, die in die jetzige schwierige Lage der Knappschafftsversicherung geführt hat. Nach der weiteren Aussprache, an der sich die Kameraden Schwieger (Langenbrunn), Hebert (Hoym), Dehne (Croppenstedt), Tomczak (Wölpe), Schlei (Samswegen) und Zimmernann (Westeregeln) beteiligten, wurde verschiedenes von den Kameraden Behrens (Halberstadt), Kaß (Bernburg) und Viktor richtiggestellt. Dann wurde in die Beratung der notwendigen Sparmassnahmen in der Krankenversicherung, die sich durch die Notverordnungen und die Satzungsänderung ergaben, eingetreten.

Der Abteilungsvorsteher Schrader sprach dann über: „Änderungen in der Krankenversicherung.“ Schrader führte aus, daß nach § 182 b der R.K.G. in Verbindung mit § 21 der Sondervorschriften das Krankengeld erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab gewährt und im Gegensatz zu früher ohne Rücksicht auf die vorherige ärztliche Behandlung nach dem Tage der Arbeitsunfähigkeit gezahlt wird. Arbeitsunfähigkeit muß binnen einer Woche der Knappschaffts gemeldet werden. Bei verspäteten Meldungen kann Krankengeld nicht nachträglich gezahlt werden. Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonn- oder Feiertag, so wird, wenn auch für diesen Tag Arbeitsunfähigkeit bescheinigt ist, das Krankengeld nur bis zum letzten Wochentag gezahlt. Wird während der Krankheit Arbeitseingelt gezahlt, so ruht während dieser Zeit der Anspruch auf Krankengeld.

Anspruch auf Familienhilfe besteht nach § 32 der Sondervorschriften jetzt schon, wenn der Erkrankte innerhalb der letzten sechs Monate drei Monate einer Krankenkasse der Reichsversicherungsordnung angehört hat. Heilmittel (Brillen, Bruchbänder, Pfaffschneidungen, Leibbinden usw.) werden für aktive Mitglieder von der Familienangehörige zur Hälfte der kassenmäßigen Satz übernommen. Ueber die kassenmäßige Form hinausgehende Heilmittel müssen ärztlich besonders begründet sein. Entgegen der bisherigen Bestimmungen der Sondervorschriften, nach denen Sterbegeld an Familienangehörige nicht gezahlt wurde, wenn diese selbst gegen Krankheit versichert waren, wird heute der Differenzbetrag gegenüber dem Sterbegeld aus der Selbstversicherung gezahlt.

Der Versicherte muß beim Eintritt in die ärztliche Behandlung einen Kurausweis nehmen und dafür die Gebühr von 50 Pf. entrichten. Von dieser Gebühr sind Arbeitslose, die Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung oder als Ausgesteuerte Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten, Schwerbeschädigte und Schwerverletzte. Als Schwerbeschädigte oder Schwerverletzte gelten Empfänger einer Rente von mindestens 50 Prozent.

Kurzarbeiter, welche die Kurzarbeiterunterstützung beziehen, gelten als Kassenmitglieder und müssen die Gebühr entrichten. Bei der Entnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln sind Gebühren nicht zu entrichten, wenn die Arbeits-

unfähigkeit (ambulante Behandlung ist nicht gleichbedeutend mit Arbeitsunfähigkeit) länger als zehn Tage besteht.

Ein neuer Kurausweisblatt wird erst überhandt, wenn die Äußerung und die erhobenen Gebühren sowie die verschriebenen oder unbrauchbar gewordenen Kurausweise der Verwaltung zugegangen sind.

Die anschließende Aussprache war eine lebhaft. Es wurde besonders von den Kameraden Behrens und Viktor betont, daß auch in der Krankenkasse die größte Sparsamkeit wahren müsse, wenn man nicht auch die freiwilligen Leistungen in dieser Kasse weiter abbauen wolle. In der Ueberzeugung, daß alle Anwesenden sich einig waren in dem Bestreben, die Knappschafftsversicherung leistungsfähig zu erhalten, schloß der Kamerad Kaß die interessante verlaufene Knappschafftsältestenkonferenz mit einem anfeuernden Schlusswort.

# BÜCHER

Samtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42 zu beziehen.

Ein Helfer im Kampfe will der am 1. Oktober wöchentlich erscheinende „Alarm“ auch der freien Gewerkschaftsbewegung sein. In einer ansprechenden, reich illustrierten, mit gutem Unterhaltungs-wert versehenen Nebennummer, die vom Verlag „Alarm“, Berlin SW. 68, Koenigsberger Straße 57, unentgeltlich den Gewerkschafts-kollegen zur Verfügung gestellt wird, nehmen u. a. Kurt Heinitz, Georg Schmidt, Hans Bötter, Eugen Ritzer, Robert Schickeläger und von der Arbeiterjugend Erich Schmidt, der 1. Vorsitzende der Groß-Berliner Organisationen, neben Kurt Vöbe, Otto Börsing, Anton Erbsiens, Hellmut v. Gerlach u. a. das Wort. Man kann Kurt Heinitz zukommen, wenn er schreibt: „Wir brauchen dringend ein eindeutiges und deutliches Wochenblatt gegen die Feinde der Republik.“ Deswegen ist die Umstellung des „Alarm“ auf ein Wochenblatt nicht nur tapper, sondern auch zeitgemäß. „Was Eugen Ritzer in seinem Aufsatz „Mückblut auf den Fronttücher Gewerkschafts-kampf“ sagt, ist beachtenswert. Georg Schmidt begrüßt den Aufruf des „Alarm“ gegen den gefährlichen Kampf der Republikfeinde, den man am besten in den Laubhirschen fernhalten. Es wird auch die Aufgabe der Gewerkschaftskollegen sein, den tapferen „Alarm“, der nach Börsings Ansicht ein Kampf mit vorbildlicher Energie führt, durch sofortige Aufnahme eines Abonnements für Oktober — 66 Pfennig für fünf Nummern einzeln, Bestellgeld — zu unterstützen. Das Blatt wird uns in unserem schweren Gewerkschaftskampfe gute Dienste leisten können.

# Knappschafftsältesten-Kommission Bochum.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Konferenzsaal des Bergarbeiterverbandes in Bochum, Wiemelhauser Str.: Quartals-versammlung. Unbedingtes Erscheinen erforderlich!

# Schluß des redaktionellen Teils.

Photo-Vorst schaff auch gute Kameras für weniger Kapitalausgabe. Eine große Kaufmannschaft wird eine Kamera angeboten, die ganz abgesehen von den selbstverständlichen 16-Mat.-Kameras, unbedingt zuverlässig ist. Lassen Sie sich deshalb vom Photo-Vorst, Nürnberg-M 1952, kostenlos und unverbindlich den großen 24-seitigen, reich illustrierten Katalog 2 52 und die Sonderangebote schicken.

Es ist wirklich einmal zu spät geworden und zu einer Gruppe oder einem einzigen Stockhüpfen gekommen, so gibt es noch ein wirksames Vorbeugungsmittel gegen das Malariafieber: Das ist richtige und nach langjähriger Erfahrung durchgeführte Injektion. Die Firma Bahmann & Co., Bachgasse 25/26a, empfiehlt in allen solchen Fällen — wie auch bei Malaria — die Beachtung ihrer Anzeige in der vorliegenden Ausgabe.

Zeit ist Geld, denn Zeit spart Geld. Die Herstellung von Fleischbrühe aus reinem, gutem Fleisch erfordert Stundenlanges Kochen und ist nicht billig. Wie findet man aber dann ein Mittel, um einen appetitanregenden und belebenden Bouillon herzustellen? Man löst einfach einen Maggi-Fleischbrüherpulver in 1 Liter kochendem Wasser auf, und eine gute Fleischbrühe ist fertig zum Gebrauch als Trinkbouillon, zum Kochen von Gemüse, zur Bereitung von Suppen und Soßen. Maggi's Fleischbrüherpulver ist in jedem Haushalt vorrätig sein, sie sind gut, praktisch und billig. Eine gesündere Wertanlage ist ein Mühlinstrument. Es gewinnt sogar im Laufe der Jahre an Wert (siehe Zeilen). Sie handeln daher richtig, wenn Sie sofort kaufen und sich direkt an die Mühlinstrumentenfabrik Winkel & Seidel, Klingenthal in Sa. wenden. Da diese Firma ihre Erzeugnisse direkt an die Müller verkauft und alle Zwischenhändler in Wegfall von Großhändlern, Säckelern etc. ausschließt, ist es möglich, mit besonders niedrigen Preisen dienen zu können. Fordern Sie daher gleich von dieser Firma einen Katalog an, der Ihnen sofort kostenfrei zugesandt wird.

# Der Bergarbeiter-Taschenkalender 1932

ist soeben erschienen! Er ist, wie immer, reichhaltig ausgestattet und wird auch im kommenden Jahre ein treuer Freund und Ratgeber jedes Bergbandsmitgliedes sein. Preis 80 Pf. Bestellungen wolle man richten an H. Hansmann u. Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38/42.

